

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Mittwoch (Nachmittag), 14. September 2022 / Mercredi après-midi, 14 septembre 2022

Finanzdirektion / Direction des finances

70 2021.RRGR.397 Postulat 277-2021 Aebi (Hellsau, SVP)
Aktienverkaufsgewinne für Zukunftsinvestitionen verwenden

70 2021.RRGR.397 Postulat 277-2021 Aebi (Hellsau, UDC)
Utiliser les bénéfices de la vente d'actions pour investir dans l'avenir

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 70, es ist ein Postulat. Der Regierungsrat empfiehlt Annahme und gleichzeitige Abschreibung. Wir führen eine freie Diskussion. Ich nehme an, das ist bestritten. – Ja. Dann hat der Postulant das Wort. – Jemand soll dich noch an der Saalanlage anmelden.

Markus Aebi, Hellsau (SVP), Postulant. Ich möchte versuchen, die Zusammenhänge zwischen der letzten Motion und dem vorliegenden Postulat aufzuzeigen. Ich akzeptiere die Abschreibung von Punkt 1. Wir haben unter Traktandum 3 dieser Session die Mehrjahresbetrachtung der Schuldenbremse beschlossen. Das gibt auch Raum, um die möglichen Aktiengewinne über die Jahre verteilen zu können. Bei Punkt 2 bestreite ich aber die Abschreibung. Denn hier hat es der Regierungsrat verpasst, eine konkrete Antwort zu geben. Er hat sich vor allem auf die letzten Aktiendiskussionen bei anderen Beteiligungen konzentriert und über die Compliance und die Führung der Aktiengesellschaften geschrieben. Uns geht es dabei mehr um eine Mehrjahresbetrachtung. Ich habe im Postulat geschrieben, es gehe um eine zehnjährige Betrachtungsweise. Wenn Sie das Portfolio des Kantons Bern anschauen, werden Sie feststellen, dass es ein Sammelsurium an Beteiligungen gibt. Deshalb haben wir es so offen formuliert. Ich kann Ihnen zwei, drei nennen: Der Kanton Bern ist beispielsweise an der SEMAG beteiligt. Das ist eine Saatzuchtaufbereitungsgenossenschaft (Saat- und Pflanzgut AG) in Lyssach. Der Kanton ist auch an der Landi Seeland oder an SWITCH beteiligt, und so weiter. Das Portfolio von Beteiligungen muss man einmal auf strategischer Ebene ein wenig prüfen. Aber letztlich geht es eben auch um den möglichen Verkauf von BEKB-Aktien. Über die Systemrelevanz und all diese Dinge haben wir bereits diskutiert.

Die Überlegung, die wir uns als Postulanten gemacht haben, ist, dass wir vor riesigen Investitionen stehen. Sie alle wissen, dass es Schulgebäude gibt, in die wir investieren wollen. Das sind Milliardeninvestitionen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Baukosten im letzten halben Jahr rund 20 bis 25 Prozent gestiegen sind und die Kapitalmärkte sehr unruhig sind. Wir wissen nicht, wohin die Zinspolitik geht. Frau Lagarde hat klar deklariert, dass sie die Zinsen in zwei Schritten erhöhen will. Das kommt ebenfalls auf uns zu. Zusätzlich haben wir den ganzen Finanzausgleich. Was aus dem Bundestopf kommt, ist auch noch nicht in allen Teilen klar. Das hat eigentlich dazu geführt, dass wir vielleicht überlegen müssten, ob wir nicht etwas von diesem Tafelsilber verkaufen möchten. Der Kapitalwert der BEKB-Aktien des Kantons Bern beträgt rund 1 Mrd. Franken. Wenn wir die Mehrheitsbeteiligung im Rahmen von 20 bis 25 Prozent abgeben würden, hätte das Auswirkungen. Das geht selbstverständlich schrittweise. Sie können dieses Paket nicht einfach an den Markt geben, sonst haben wir tatsächlich ein Problem mit dem Börsenkurs. Das würde dazu führen, dass wir rund 380 Mio. Franken zusätzliche Mittel für Investitionen hätten. Im Gegenzug bedeutet das, dass wir rund 15 Mio. Franken an Dividenden nicht mehr in der Kasse hätten. Das muss man fairerweise auch sagen. Deshalb haben wir keine Motion gemacht, sondern einen Prüfauftrag. Der Kanton oder die Regierung sollen prüfen, was Sinn macht, um die zukünftigen Investitionen zu bewältigen. Deshalb bitte ich Sie darum, diesen Prüfauftrag stehenzulassen und die Abschreibung zu bestreiten.

Peter Gerber, Schüpfen (Die Mitte), Fraktionssprecher. Ich bin froh, dass du die Abschreibung von Punkt 1 nicht mehr bestreitest. Denn die Spielregeln sind klar. Trotzdem habe ich persönlich auch etwas Mühe. Wir hätten, als wir die Investitionen sahen, auch gerne einen solchen Topf gemacht. Wir von der Mitte haben einen Vorstoss zur BKW gemacht und sind kläglich gescheitert. Im Amt muss man wohl akzeptieren, dass wir von diesen Töpfchen wegkommen wollen. Zu Punkt 2 hatte ich Kontakt mit Lukas Röthenmund von den Finanzen. Ich zitiere ihn: «Die PCG-Richtlinien sind per 1. Januar 2021 in Kraft getreten. Für deren Umsetzung gilt eine Frist von zwei Jahren. Per 1. Juli 2022 ist lediglich eine Aktualisierung der Richtlinie in Kraft getreten. In diesem Zusammenhang haben wir aber neu aufgenommen, dass sowohl Eignerstrategien wie auch Aufsichtskonzepte öffentlich sind und auf der Website der FIN publiziert werden.» Ende des Zitats. Kurz zusammengefasst: Alles ist auf Kurs, daher auch Punkt 2 abschreiben.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne), Fraktionssprecher. Wie schon so oft, ist auch das Ziel dieses Postulats eigentlich, unser Tafelsilber zu verschern, und das ohne Not. Zu Punkt 1: Es wäre eine gute Idee, wenn man das einfach so machen könnte. Aber finanztechnisch ist das ja nicht möglich. Denn der Erlös würde in die laufende Rechnung einfließen, wie dies die Regierungsrätin dargelegt hat. Dazu müsste man einen Fonds gründen, wenn man das zielgerichtet für ein Gefängnis oder ein Polizeigebäude oder was auch immer verwenden möchte. Aber wie ich in den letzten Monaten auch gemerkt habe, sind gewisse Personen keine grossen Freunde von Fonds. Besonders die Motionäre sind gar keine Freunde dieser Fonds.

Zu Punkt 2: Das ist insgesamt eine sehr spannende Forderung. Wir haben auch schon oft versucht, auf diese Eigentümerstrategie Einfluss nehmen zu können. Aber das funktioniert nicht. Unsere Haltung dazu ist, dass es eine spezielle Forderung ist, wenn man die Eigentümerstrategie dem Grossen Rat vorlegen möchte. Denn weil alle Geschäfte und alles, was gesprochen wird, öffentlich ist, würde das heissen, dass die Eigentümerstrategie am Ende öffentlich wäre. Das könnte natürlich auch einen Einfluss auf gewisse Aktienkurse haben. Deshalb unterstützt die grüne Fraktion dieses Postulat so, wie es der Regierungsrat vorschlägt: Wir nehmen die beiden Punkte an, aber schreiben sie auch ab.

Ulrich Egger, Hünibach (SP), Fraktionssprecher. «Aktienverkaufsgewinne für Zukunftsinvestitionen verwenden», das tönt gut. Wir lehnen diesen Vorstoss aber natürlich einstimmig ab. Wir könnten allerdings auch damit leben, wenn es ein abgeschriebenes Postulat gibt.

Die Regierung hat in ihrer Antwort stimmig aufgezeigt, dass die angestrebte Zweckbindung nur mit einer Spezialfinanzierung, also einem Fonds, erreicht werden kann. Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat hat in mehreren Debatten immer wieder klargemacht, dass sie bei einer Fondslösung nicht mitmacht. Deshalb hat Markus Aebi mit dem Verweis auf die genehmigte Mehrjahresbetrachtung in dieser Hinsicht schon zurückbuchstabiert und gesagt: das Postulat in Punkt 1 abschreiben. Da wir in der SP-JUSO-Fraktion schon immer gegen die Veräusserung von Kantonsbeteiligungen, insbesondere der Aktienmehrheit der BKW, waren, haben wir wenig Verständnis für diesen Vorstoss. Zur Erinnerung: Wir waren bisher immer gegen Veräusserungen der Aktienmehrheit der BKW und sind es immer noch dezidiert. Auch die Mehrheit des Grossen Rates war zum Glück für einmal ebenfalls klar auf unserer Seite, als wir das diskutiert hatten. In der Coronakrise und der gegenwärtigen Energiekrise haben wir einmal mehr erlebt, dass der freie Markt in der Krise nichts taugt. Im Gegenteil, der freie Markt öffnet der Spekulation Tür und Tor. Knappe Güter werden künstlich verknappt, damit die stärksten Player ihre Gewinne weiter vergrössern können. Deshalb ist es gut, wenn die Politik dort, wo es möglich ist, einen Fuss in der Unternehmenstür behält.

Ich habe damit nicht gesagt, die BKW spekuliere, sondern die grossen Player. Die BKW hat als freies Unternehmen in der Grundversorgung Lei gehalten. Zum Glück haben wir die Grundversorgung angebunden. Wir, die SP, möchten nicht Aktien verkaufen, sondern im Gegenteil den Einfluss des Kantons, zum Beispiel auf die BKW, aber auch auf die anderen Kantonsbetriebe, verstärken. Es geht nicht nur darum, dass wir das Tafelsilber nicht verschern wollen, sondern dass wir die Versorgungssicherheit der Bevölkerung in den Vordergrund stellen. Der Kanton ist aus unserer Sicht an Unternehmen beteiligt, welche für einen guten Service Public wichtig sind. So ist für uns zum Bei-

spiel die Grundversorgung mit elektrischem Strom eine öffentliche Aufgabe, wie der ÖV und allenfalls auch die Geldversorgung durch eine Kantonalbank. Warum nicht? Die vorliegende Motion ist deshalb aus unserer Sicht unnötig. Wir lehnen den Vorstoss einstimmig ab oder nehmen dann die Abschreibung an. Vielen Dank allen, die das auch so sehen und mitmachen.

Michael Elsaesser, Kirchberg (FDP), Fraktionssprecher. Ich kann es kurz machen. Wir sehen es genau gleich wie der Postulant. Das heisst, bei Ziff. 1 sind wir auch einverstanden mit der Annahme und Abschreibung. Aus unserer Sicht ist der Prüfauftrag ebenfalls erfüllt. Zu Ziff. 2: Für uns ist die Begründung des Regierungsrates nicht ganz schlüssig. Der erwähnte Prozess zur regelmässigen Überprüfung der Eignerstrategie ist sicher richtig und wichtig. Aber er gibt uns keine konsolidierte und auch keine langfristige Sicht bezüglich der vorgesehenen Beteiligungsstrategie. Die FDP würde eine klare, quantitative Aussage des Regierungsrates begrüssen, was er in den nächsten zehn Jahre mit seinen einzelnen Beteiligungen plant. Deshalb werden wir bei Ziff. 2 ein Postulat ohne Abschreibung unterstützen.

Tobias Vögeli, Frauenkappelen (GLP), Fraktionssprecher. Dass man vor dem Hintergrund von HRM2 (Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden) noch mehr Gelder zweckbinden will, kann man durchaus kritisch sehen. Die GLP steht Fonds respektive Fonds ohne konkrete Investitionspläne generell kritisch gegenüber. Ein Teil der Fraktion lehnt sie auch grundsätzlich ab. Dies, weil es finanzpolitisch komplett verkehrt ist, wenn man Investitionen deshalb tätigt, weil man Geld hat. Die GLP ist überzeugt, dass Zukunftsinvestitionen sachlich beurteilt werden müssen und deshalb durchgeführt werden müssen, weil sie sinnvoll sind. Wenn man einen Fonds schafft, besteht die Gefahr, dass man entweder diese Möglichkeiten limitiert, weil es nicht zu viel Geld im Fonds hat und die Investitionen aus diesem Grund nicht getätigt werden, oder aber, dass man einfach Geld ausgibt, weil man gerade noch etwas Geld im Fonds hat. Weil es sich aber um ein Postulat handelt und vor allem die Abschreibung nicht bestritten ist, wird ein Grossteil der Fraktion Punkt 1 zustimmen können.

Wichtig und entscheidend an diesem Vorstoss ist aber Punkt 2. Um es vorwegzunehmen: Da können wir dem Motionär einstimmig recht geben. Eine gute und umfassende Beteiligungsstrategie ist für uns zentral, damit wir nicht planlos in die Zukunft gehen. Die Antwort des Regierungsrates vermag nicht zu überzeugen oder gar eine Strategie zu ersetzen, die eine Abschreibung rechtfertigen würde. Die Strategie, die der Kanton Bern fährt, soll zudem dem Grossen Rat zugänglich sein und gemacht werden. Denn nur deshalb oder nur dann ist gewährleistet, dass auch der Grosse Rat die nötigen Entscheidungsgrundlagen für seine Arbeit hat. Deshalb werden wir Punkt 2 einstimmig unterstützen.

Patrick Freudiger, Langenthal (SVP), Fraktionssprecher. Die SVP dankt den Postulanten, dass man bei Punkt 1 die Abschreibung nicht bestreitet. Angesichts der Revision der Schuldenbremse, die man jetzt gemacht hat, würde ein Festhalten an einem Postulat tatsächlich ein unnötiges Präjudiz für einen Fonds darstellen. Das wollen wir nicht.

Ich werde mich nun noch zu Punkt 2 äussern. Bei diesem bestreiten wir in Übereinstimmung mit den Postulanten die Abschreibung. Die Fundamentalkritik am freien Markt, wie sie zum Teil von meinen Vorrednern geäussert wurde, können wir nicht teilen. Im Gegenteil sind allfällige Betriebsunfälle, auch in Zusammenhang mit staatsnahen Betrieben, eher ein Ausdruck davon, dass man zu wenig liberalisiert hat. Gerade unter dem Gesichtspunkt einer Gleichbehandlung der Gewerbege nossen und der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen steht es dem Kanton Bern gut an, wenn er den freien Markt nicht mit überhöhten Staatsbeteiligungen kritisiert. Dem Vorredner der SP hätte ich ein bisschen mehr Bescheidenheit in seiner Fundamentalkritik am freien Markt gewünscht. Denn wenn wir diesen Fächer öffnen wollen, müssten wir vielleicht auch noch über das Führungsver sagen seiner Parteikollegin im Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) diskutieren. Aber ich will diesen Fächer nicht öffnen, sondern hier über die Sache sprechen.

Die PCG-Richtlinien sind gut. Es ist richtig, dass man sie erstellt hat. Einige hätten vielleicht auch gesagt, es sei überfällig gewesen. Aber diese PCG-Richtlinien äussern sich ja darüber, welche Beteiligungsstrategie – unter der Prämisse, dass man diese Beteiligungen hat – richtig ist. So, wie wir die Postulanten verstehen, möchten sie eine quantitative Analyse der Beteiligungen. Das umfasst auch die Überlegung, ob die Höhe der Beteiligung noch zeitgemäss ist. Wir sind der Auffassung, dass diese Frage im Rahmen der PCG-Richtlinien eben nicht diskutiert wird. Dabei geht es mehr darum, wie wirksam der Kanton Bern Beteiligungen steuern kann, die er schon hat. Wir möchten aber eine Analyse zur Frage: Ist es richtig, dass der Kanton so viele Beteiligungen hat, namentlich unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen? Darum möchten wir Ihnen beliebt machen, die aus unserer Sicht vorschnelle Abschreibung zu bestreiten.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (GLP), Mitpostulant, Fraktionssprecher. Patrick Freudiger hat eigentlich gesagt, welches die Intentionen von uns beiden sind. Wenn man daran denkt, dass der vorherige Vorstoss durchkam, macht es umso mehr Sinn, dass wir jetzt sozusagen als Begleitmassnahme das Postulat in Punkt 2 verabschieden und nicht abschreiben.

Ich möchte auch noch bei der EVP oder bei der Linken um ein paar Stimmen werben, die den vorherigen Vorstoss abgelehnt haben. Thomas Gerber hat gesagt, da werde Tafelsilber verscherbelt. Nein, es ist nicht unsere Idee, das zu verscherbeln. Man will es eben zukunftsgerichtet investieren. Hasim hat von Hühnern oder Gänsen oder irgend so etwas gesprochen, die goldene Eier legen. Nun ja, goldig sind sie wohl kaum. Es gäbe wahrscheinlich noch ein paar grössere Dividendenperlen. Aber ja, es gibt Dividenden. Die Frage ist, was wir mit diesen Eiern machen. Brüten wir sie aus? Machen wir Omelette daraus oder was auch immer? Oder geben wir sie einfach in den allgemeinen Staatshaushalt, und dort verpuffen sie? Um eine Metapher zu verwenden: Es geht uns beiden eher darum, wo wir die zukünftigen Bäume pflanzen und wo die Zukunftswälder spriessen sollen. Sie können von mir aus auch Reben nehmen. Reben muss man ein paar Jahre zum Voraus setzen, bevor man ernten kann, und der Wein muss danach auch noch reifen.

Die Frage ist, wo wir investieren. Wir sind uns hier mehrheitlich einig, auch in meiner Fraktion, dass wir in Zukunft nicht mehr mit Fonds arbeiten wollen. Fonds sind sehr starr. Wir haben es beim Spitalfonds gesehen. Plötzlich braucht man das Geld nicht, aber es ist blockiert und man muss es mit aufwändigen Prozessen deblockieren.

Fonds sind für die nächsten Jahre kein Thema mehr. Aber man darf in der Investitionsstrategie ja trotzdem denken. Dabei geht es eben darum, wie viel Eigentümerbeteiligung man halten will, um die strategischen Ziele, die man hat, zu verfolgen. Wir sind wirklich der Meinung, diese Diskussion gehöre in den Grossen Rat. Diese Unternehmen gehören dem Volk, und wir präsentieren das Volk. Nichts gegen den Regierungsrat. Auch er wurde durch das Volk gewählt, das weiss ich. Nichts gegen die PCG-Richtlinien. Sie sind ein Fortschritt. Aber wir haben hier jahrelang darum gekämpft und kämpfen immer wieder ein wenig, wenn es um Strategien geht. Ich erinnere mich an die Justizvollzugsstrategie damals, als man hier in diesem Saal wahnsinnig kämpfen musste. Anita Luginbühl hat es schliesslich fertiggebracht, dass wir sie im Rat diskutierten. Das gehört nicht nur in den Regierungsrat. Es sollte eigentlich auch im Interesse der Linken sein, jetzt, wo Sie wissen, dass der vorherige Vorstoss durchkam. Unter Umständen wird in ein paar Jahren, wenn die Gutachten durch sind, hier darüber diskutiert, wo wir diese 350 Mio. Franken investieren wollen. Investieren wir sie in den Umbau des Energiesystems? Bauen wir in Bern West ein neues Gymnasium? Bauen wir den Campus der Fachhochschule aus oder was auch immer? Diese Strategie, diese Ziele müsste die Regierung mit uns diskutieren. Das wollen wir. Deshalb bitte ich Sie, Punkt 2 nicht abzuschreiben.

Astrid Bärtschi, FIN-Direktorin. Zu Ziff. 1 muss ich wohl nicht mehr viel sagen. Es wurde bereits gesagt: Sollte das bernische Stimmvolk der Mehrjahresbetrachtung bei der Schuldenbremse in der Investitionsrechnung zustimmen, hätten wir in Bezug auf die Verwendung der Verkaufsgewinne künftig eine andere Ausgangslage. Wir müssten diese Eier eben nicht in ein Körbchen legen, wie vorhin so schön gesagt wurde. Das Körbchen wäre in diesem Sinne der Fonds. Man hat gemerkt, dass solche Lösungen grossmehrheitlich auf Ablehnung stossen.

Zu Ziff. 2: Wie der Fraktionspräsident der Mitte angetönt hat, ist der Regierungsrat der Ansicht, dass das Anliegen, das in Ziff. 2 formuliert wird, bereits mit der Erarbeitung der Eignerstrategien aufgenommen wurde. Die Bearbeitung oder Erarbeitung dieser Eignerstrategien ist in vollem Gang. Sie werden bis Ende 2022 auf der Website der FIN aufgeschaltet und sind damit öffentlich zugänglich. Wir oder die zuständigen Fachdirektionen werden diese Steuerungsinstrumente bei Änderungen jeweils wieder auf der Website in ihrer aktualisierten Form aufschalten – entweder periodisch nach der beschlossenen Überprüfung alle vier Jahre oder allenfalls auch zu einem früheren Zeitpunkt, wenn man der Meinung ist, man müsse etwas ändern. Soviel zum Thema, dass der Grosse Rat dann gar nicht richtig weiss, was die Regierung mit diesen Beteiligungen eigentlich plant. Der Regierungsrat sieht in diesem Sinn keinen zusätzlichen Mehrwert einer solchen übergeordneten Strategie und beantragt Ihnen, wie Sie es auch lesen konnten, bei Ziff. 2 ebenfalls die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Präsident. Der Postulant hat noch einmal das Wort verlangt.

Markus Aebi, Hellsau (SVP), Postulant. Danke für diese spannende Diskussion bei diesen beiden Vorlagen. Die Überlegungen, die Peter Gerber gemacht hat, sind nicht die gleichen wie diejenigen, die wir uns machen. Grossrat Freudiger hat es erwähnt.

Bei uns geht es um eine strategische Überlegung: Wie finanzieren wir in Zukunft die Grossprojekte, die wir geplant und zum Teil bewilligt haben? Das ist die Kernfrage. Können wir etwas vom Kapital flüssigmachen, das der Kanton im Moment besitzt? Um diese Fragestellung geht es für die nächsten zehn Jahre. Sie ist nicht beantwortet, sehr verehrte Damen und Herren. Sie ist einfach nicht beantwortet. Deshalb bestreite ich die Abschreibung. Auch die Äusserungen von Frau Regierungsrätin, dass es irgendeinmal zu irgendetwas kommt, haben mich absolut nicht befriedigt.

Wenn der Grosse Rat politisch und strategisch führen will, braucht er Grundlagen. Diese Grundlagen möchten wir in diesem Bericht. Das heisst überhaupt nicht, dass man nachher nicht dafür oder dagegen sein kann. Wir wollen einfach eine Auslegeordnung. Dann können sich die Parteien ihre Meinung selbst bilden, ob sie das wollen. Das gilt auch für die Linke. Es ist eine Scheuklappenpolitik, wenn Sie jetzt nicht bereit sind zu sagen: Wir prüfen alles und entscheiden dann, wenn wir die Grundlagen auf dem Tisch haben. Deshalb bitte ich Sie, die Abschreibung zu bestreiten.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung über das Geschäft 70. Wir stimmen ziffernweise ab. Wer der Ziff. 1 des Postulats zustimmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.397: Ziff. 1 / ch. 1

Annahme / Adoption

Ja / Oui	101
Nein / Non	45
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben der Ziff. 1 dieses Postulats zugestimmt.

Dann befinden wir über die Abschreibung: Wer die Ziff. 1 abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.397: Ziff. 1, Abschreibung / ch. 1, classement

Annahme / Adoption

Ja / Oui	143
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben die Ziff. 1 einstimmig abgeschrieben. *(Die Saalanlage zeigt das Abstimmungsergebnis erst nach einer kurzen Unterbrechung an. / Le système met un moment avant d'afficher le résultat du vote.)* Entweder hat unser Rechner ein Problem, oder ... Ich bin nicht sicher, aber meine Anzeige zeigt mir 143 Ja, 0 Nein und 0 Enthaltungen an.

Dann kommen wir zu Ziff. 2: Wer die Ziff. 2 des Postulats annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.397: Ziff. 2 / ch. 2

Annahme / Adoption

Ja / Oui	102
Nein / Non	40
Enthalten / Abstentions	2

Präsident. Sie haben auch der Ziff. 2 des Postulats zugestimmt.

Dann befinden wir uns über die Abschreibung der Ziff. 2: Wer die Ziff. 2 abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.397: Ziff. 2, Abschreibung / ch. 2, classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	64
Nein / Non	81
Enthalten / Abstentions	1

Präsident. Sie haben die Ziff. 2 nicht abgeschrieben.

Damit sind wir am Ende unserer Traktandenliste angelangt. Ich glaube, es hat sich doch gelohnt, dass wir das nicht noch vor dem Mittag durchgedrückt haben. Es wäre wegen den Geschäften und den Verabschiedungen, die noch anstehen, nicht fair gewesen. Ich möchte drei Verabschiedungen machen.

Verabschiedung von Mitgliedern des Grossen Rates Hommage à des membres du Grand Conseil démissionnaires

Tabea Rai (AL), Bern

Präsident. Tabea Rai war seit März 2020 bei uns im Rat. Sie verlässt uns per 15. September. Ich habe mir zu ihr aufgeschrieben: selbstbewusst, klar, kurz und bündig. Es war eigentlich immer so, wenn du nach vorne kamst: zack, zack. Nun, das ist wohl die neue Generation, der du sicher angehörst. Das ist schön. Auch deine Rücktrittsmeldung ist in der gleichen Art verfasst: «Mit diesem Schreiben teile ich dir mit, dass ich, Tabea Rai, per 15.9.2022 mein Amt als Grossrätin und Mitglied der Justizkommission abgeben werde.» Klar, deutlich, kurz und bündig.

Du warst Mitglied der JuKo und der SiK und bist auch Stadträtin von Bern. Vor allem Geschäfte zu Menschenrechten hast du unterstützt oder eingegeben, beispielsweise «Menschenrechtsverletzungen der Frontex: Zieht der Kanton Konsequenzen?» (IP 042-2022), «Menschenrechts- und Kinderrechtskonvention im Verhältnis zu kantonalem und nationalem Recht sowie Umsetzung der Konventionen in kantonalen Rückkehrzentren» (IP 043-2022), «Menschenwürdige Bedingungen auch für abgewiesene Asylsuchende» (M 057-2022), «Solidarische Aufnahme von geflüchteten Menschen aus der Ukraine im Kanton Bern!» (M 017-2022), «Für einen Mutterschutz vor der Geburt» (M 056-2022), «Optimierung Arbeitsintegration Kanton Bern AI BE» – offene Fragen zum geplanten Systemwechsel» (IP 041-2022) oder «Stellvertretungssystem für den Grossen Rat» (M 128-2022). Das waren deine Themen. Ich denke, dir ist wichtig, dass wir auf dieser Welt ein gutes Zusammenleben haben. Das ist auch richtig so. Ich wünsche dir in diesem Sinn alles Gute in deiner zukünftigen Tätigkeit, viel Freude und Spass. Hüb's guet. Ich nehme an, wir werden uns ab und zu sehen.

Die Anwesenden erheben sich zum Applaus.

L'assemblée se lève pour applaudir.

Lydia Baumgartner (SP), Jegenstorf

Präsident. Wir kommen zur zweiten Verabschiedung. Es handelt sich um Lydia Baumgartner. Wie mir gesagt wurde, ist sie nicht da. Sie ist in den Ferien. Vielleicht sieht sie uns per Video oder kann es später nachholen. Wir überlassen ihr, wie sie es macht.

Ich lese Ihnen ihr Rücktrittsschreiben vor, bei dem ich, als ich es las, oft dachte, es gehe auch mir ab und zu so: «Sehr geehrter Herr Grossratspräsident, liebe Ratskolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder der Parlamentsdienste, hiermit erkläre ich Ihnen meinen Rücktritt als Grossrätin per 31. August 2022. Während meiner Amtszeit bin ich als Milizparlamentarierin immer wieder an die Grenze der Vereinbarkeit von Beruf und Politik gestossen. Eine Herausforderung, durch die ich mich oft in einem Spannungsfeld befand. Vor kurzem habe ich mich für eine berufliche Veränderung entschieden, und diese lässt sich mit dem anspruchsvollen und zeitintensiven Amt einer Grossrätin nicht mehr vereinbaren. Zusätzliche Sessionstage im Zeitbudget, wie beispielsweise in der Märzsession, die schlussendlich doch nicht gebraucht wurden, lassen sich bei meinen inzwischen hohen Arbeitspensen nicht mehr einplanen.

Obwohl der Plan klar ein anderer war, kam mir schlussendlich das Leben dazwischen. Die Tatsache des Rücktrittsentscheids wurde leider unumgänglich. Es ist einmal mehr Realität, dass sich nicht alle Berufe gleich eignen, um nebenher ein so anspruchsvolles und zeitintensives Amt ausüben zu können. Dankbar blicke ich aber zurück auf eine sehr lehrreiche und interessante Zeit im Grossen Rat. Es ist mir eine Ehre, und ich habe es als Privileg betrachtet, Teil des Grossen Rates des Kantons Bern sein zu dürfen. Bei meiner Wählerschaft bedanke ich mich herzlich für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Insbesondere die Arbeit in der Sicherheitskommission erlebte ich als spannend, lehrreich und manchmal auch als kräfteaubend. Kampf, Macht und Prestige waren nicht mein Stil. Vielmehr ging es mir um die Diskussion auf Augenhöhe, immer mit dem Blickwinkel, dass das Gegenüber aus seiner Sicht auch die Absicht hat, das Beste für die Bevölkerung und für diese

Dinge zu erreichen. Für all diese persönlichen Begegnungen auf Augenhöhe über die Parteigrenzen hinweg bedanke ich mich an dieser Stelle ganz herzlich.

Als Erfolg verbuche ich, wenn man am Schluss trotz allen unterschiedlichen Denkweisen in der Sache immer auch unter dem sozialen Aspekt einen Schritt weiterkam. Ich wünsche den Mitgliedern des Grossen Rates alles Gute, viel Freude und die Fähigkeit, im Bearbeiten und Debattieren der Geschäfte immer das Wohlergehen der ganzen Bevölkerung und auch derjenigen, die nicht immer auf der Sonnenseite des Lebens stehen, im Fokus zu haben. Mein Rücktritt kam auch für mich selbst unerwartet. So blieb mir keine Zeit mehr, mich von Ihnen zu verabschieden. Deshalb freue ich mich, wenn sich die eine oder andere Gelegenheit von einem Wiedersehen ergibt, wo immer dies auch sein wird. Auch alle Regierungsratsmitglieder, alle Mitarbeitenden der Verwaltung, das Ratssekretariat und die Staatskanzlei schliesse ich in meine Abschiedsgrüsse ein. Ich bedanke mich herzlich für ihre Kompetenz und das konstruktive Mitwirken.»

Lydia Baumgartner war seit dem Jahr 2018 im Grossen Rat. Sie war auch Gemeinderätin in der Gemeinde Jegenstorf. In der SiK war sie Vizepräsidentin und Mitglied. Sie hatte verschiedene Geschäfte, aber wenn man an die letzte Jahre denkt, auch eines, das eher zur Landwirtschaft passt: «Aktionsplan Pflanzenschutzmittel im Bereich Privatanwender» (M 228-2019). Auch zur Coronapandemie hatte sie ein paar Vorstösse. Weitere sind «Freiwilligenarbeit im Anstellungsverfahren und beim Gehaltsaufstieg honorieren» (P 233-2020) und «Hohe Qualität der spitalexternen Leistungen im ganzen Kanton Bern!» (M 217-2020). Sie kam beruflich vom Gesundheitswesen, und ich denke, das lag ihr immer sehr am Herzen.

Ich wünsche Lydia deshalb auch von meiner Seite alles Gute für ihre weitere berufliche Tätigkeit. Ich hoffe auch, dass wir einander vielleicht einmal wiedersehen. Viel Freude und alles Gute in der Zukunft. Merci, Lydia, für deine Arbeit.

Die Anwesenden erheben sich zum Applaus.

L'assemblée se lève pour applaudir.

Ueli Abplanalp (SVP), Brienzwiler

Präsident. Jetzt kommen wir zu dem, was uns seit letzter Woche bedrückt hat, zur Verabschiedung von Ueli Abplanalp. Er ist sehr kurzfristig nicht mehr bei uns. Das muss ich nicht mehr weiter erläutern. Stattdessen haben wir die beiden Kerzen, die immer noch brennen. Er wird uns sicher nicht per Video mitverfolgen können, aber vielleicht, das weiss keiner von uns, gibt es eine andere Art, dass er dabei sein kann. Oder vielleicht sind wir jetzt in Gedanken noch etwas bei ihm. Er war seit dem Jahr 2018 Mitglied im Grossen Rat und auch Stimmenzähler. Zudem war er im Parteivorstand der SVP des Kantons Bern. Er war Meisterlandwirt, Familienvater und begeisterter Jodler, liebte die Natur und setzte sich immer für die Alp, die Landwirtschaft und auch sehr für den Wald ein.

Ich habe Ihnen die persönlichen Dinge am Montag gesagt. Ich komme jetzt mehr auf die Dinge des Grossen Rates, eher auf das Technische, zurück. Er hat sich immer stark für die Bildung eingesetzt und war auch in der BiK. Er war zudem bei den Berner Waldbesitzern, denn der Wald lag ihm sehr am Herzen. Das sind alles Dinge, die zur Landwirtschaft passen. Er hat verschiedene Vorstösse zur Waldpflege gemacht, beispielsweise «Zusätzliche finanzielle Mittel für den Forstschutz im Bedarfsfall» (M 025-2019) oder ein Vorstoss zur besseren Nutzung des Energiepotenzials des Waldes im Kanton Bern. Weiter: «Mehr Flexibilität bei der Einschulung von Vierjährigen» (M 269-2019) ins Bildungssystem. Das sind die Themen, die ihm wichtig waren.

Ich möchte noch einmal seinen Angehörigen, vor allem seiner Familie, Rebekka und den fünf Kindern, viel Mut, Kraft und Zuversicht in diesen dunklen Tagen wünschen. Aber eben, die Welt dreht sich weiter. Bei uns sowieso, aber auch auf ihrem Betrieb und in ihrem Privatleben. Ich denke, es wird auch einmal Trost hinzukommen und die schönen Erinnerungen an eine Person, die man lieb hatte. In diesem Sinn wünsche ich der Familie alles Gute für die Zukunft und trotzdem auch freudige Momente, und ich sage Ueli merci für die Arbeit im Rat.

Die Anwesenden erheben sich zum Applaus.

L'assemblée se lève pour applaudir.

Präsident. Ich weiss nicht recht, aber ich wurde angefragt, ob die Fraktionen etwas zu Ueli sagen dürfen. Wenn jemand das will, ist es sicher okay, und man kann das machen. Ich stehe dem nicht im Weg. Vielleicht macht man es auf eine andere Art. Jede Fraktion muss selber wissen, wie sie es machen will. – Ich sehe keine Wortmeldungen.

Dann sind wir am Ende dieser Session angelangt. Ganz herzlichen Dank für die aktive und gute Zusammenarbeit. Ich staune immer wieder: Sehr oft haben wir verschiedene Meinungen, sagt sich diese geradeheraus, aber findet dann den Weg zu einer Lösung und kann auch wieder zusammen ein Glas trinken. Man bleibt auf der menschlichen Ebene. Das finde ich etwas sehr Schönes in diesem Rat. In diesem Sinn: Geniessen Sie den Herbst, haben Sie eine gute Zeit, bleiben Sie gesund. Ich hoffe, wir sehen uns alle in der Dezembersession wieder. Adieu miteinander. (*Applaus / Applaudissements*) (*Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.*) Das tönt immer so hell und freundlich.

Schluss der Sitzung und der Session um 14.40 Uhr. /

Fin de la séance et de la session à 14 heures 40.

Protokoll: / Procès-verbal :

Corinne Schweizer (d)

Ursula Ruch (f)